

Controllingbericht zum 30.09.2012

Budget 02 - Jugend und Familie

A. GESAMTÜBERBLICK

Budgetbewirtschaftung

(Summierung der wesentlichen Veränderungen zum Teilergebnisplan (vgl. C))

	EUR
Gesamtveränderung bis Jahresende	-990.000

B. WESENTLICHE VERÄNDERUNGEN BEI DEN KENNZAHLEN

Kennzahl	Planung	vorauss. Veränderung bis Jahresende	Erläuterung
Produkt 02.01.01 - Kinder- und Jugendarbeit			
Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz: Anzahl der Teilnehmer/innen an Bildungsangeboten	220	+180	Im erzieherischen Kinder- und Jugendschutz wurden vermehrt Angebote im Bereich des Jugendmedienschutzes durchgeführt. Im Bereich Gesundheitsprävention finden erstmalig mit dem Fachbereich Gesundheit (53) Projekte zu psychischen Auffälligkeiten bei Jugendlichen statt.
Jugendsozialarbeit: Anzahl der Teilnehmer/innen an Bildungsangeboten	180	+120	Mit der Neubesetzung der Stelle Jugendsozialarbeit ist der Umfang der Angebote gestiegen, insbesondere in den Bereichen Integration von Migranten/innen, besonders benachteiligte Jugendliche sowie zum Themenfeld Übergang Schule-Beruf.
Produkt 02.01.02 - Kinder- und Jugendarbeit an Schulen			
Bildungsangebote an Schulen: Anzahl der Teilnehmer/innen an Bildungsangeboten	180	+600	Die Fallzahl ist aufgrund der Durchführung des gesonderten Projektes Bundesparcours „Komm' auf Tour“ mit rund 600 Schüler/innen von Haupt- und Förderschulen in Stadtlohn vom 19.-22.03.12 mit Förderung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und der Bundesagentur für Arbeit gestiegen.
Produkt 02.02.01 - Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege			
Anzahl der durchschnittlich in Tagespflege finanziell geförderten Kinder	440	+40	Die Zahl der Tagespflegefälle ist durch den Bedarf der Eltern weiter ansteigend.
Produkt 02.03.03 - Hilfen außerhalb der Familie			
Anzahl der durchschnittlich in Vollzeitpflege untergebrachten Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen bei eigener Kostenträgerschaft	115	+10	Steigende Fallzahlen bei den Vollzeitpflegen und bei den Heimerziehungsfällen sind nicht nur im Kreisjugendamtsbezirk festzustellen. Vielmehr gilt Gleiches auch auf Bundes- und Landesebene in anderen Jugendamtsbezirken. Vor diesem Hintergrund hat der JHA die Verwaltung des Jugendamtes beauftragt, einen Bericht zur Entwicklung der ambulanten und der stationären Erziehungshilfen vorzulegen (vgl. JHA vom 10.09.2012).
Anzahl der durchschnittlich in Heimerziehung/betreuten Wohnformen untergebrachten Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen bei eigener Kostenträgerschaft	110	+15	
Durchschnittliche Anzahl der Fälle nach § 19 SGB VIII (gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder)	5	+4	Die Unterbringung von Müttern/Vätern mit Kindern ist nach dem Rückgang in 2011 wieder leicht steigend.
Produkt 02.03.04 - Mitwirkung und Vertretung			
Zahl der Bewilligungsfälle (UVG)	575	-65	Die Anzahl der Bewilligungsfälle ist rückläufig.
Produkt 02.03.05 - Eingliederungshilfe			
Durchschnittliche Zahl der Fälle in der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche - insgesamt	36	+3	Die Fallzahl in der Eingliederungshilfe ist leicht steigend.

C. WESENTLICHE VERÄNDERUNGEN ZUM TEILERGEBNISPLAN

Teilergebnisplan	Planung	vorauss. Veränderung Verbesserung (+) Verschlechterung (-)	Erläuterung
Produkt 02.02.01 - Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege			
Erträge			
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	+14.815.000	-600.000	<i>Landeszuweisung Betriebskosten Tageseinrichtungen/Kindertagespflege und zusätzliche U3-Pauschalen § 21 KiBiz</i> Nach den konkreten Bedarfsplanungen der Kindergartenjahre 2011/12 und 2012/2013 und den heute erkennbaren Veränderungen bei den Betriebskosten (geringere Bewilligungen von erhöhten Kindpauschalen für Kinder mit Behinderungen) bis zum Jahresende 2012 zeichnet sich im Vergleich zur Haushaltsplanung ab, dass geringere Betriebskosten zu erwarten sind. Den geringeren Betriebskostenzuschüssen stehen geringere Landeszuschüsse gegenüber.
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	+3.515.000	+650.000	<i>Elternbeiträge Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege</i> Die bisherige Entwicklung bei den Elternbeiträgen lässt eine Verbesserung (Mehrerträge aufgrund von Einkommensüberprüfungen) erwarten.
Sonstige ordentliche Erträge	+250.000	+270.000	<i>Rückzahlungen von Kita-Trägern</i> Das Ergebnis der Betriebskosten-Endabrechnung 2011/12 liegt nun vor und führt zu dieser Veränderung.
Aufwendungen			
Transferaufwendungen	-33.546.000	+1.070.000	<i>Betriebskostenzuschüsse Kindertageseinrichtungen und Weiterleitung der U3-Pauschalen § 21 KiBiz</i> vgl. Begründung zu den Betriebskosten Tageseinrichtungen/Kindertagespflege und zusätzliche U3-Pauschalen § 21 KiBiz - Das voraussichtliche Jahresergebnis war aufgrund der Buchungsdaten zum Stand 30.09.2012 anzupassen. Der erste Controllingbericht zum 30.06.2012 enthielt in der Hochrechnung des Jahresergebnisses eine zum Teil unrichtige Berechnungsgrundlage. Durch die Korrektur verbessert sich das Ergebnis entsprechend deutlich.
	-1.540.000	-200.000	<i>Kinder in Tagespflege (§ 23 SGB VIII) / Förderung Tagespflege über den SkF Ahaus-Vreden</i> Die Anzahl der Kindertagespflegefälle sowie der durchschnittliche Aufwand ist im Vergleich zur Budgetplanung angestiegen. Dies hat Auswirkungen auf die Geldleistungen, die Tagespflegepersonen erhalten wie auch auf die Kostenerstattung an den SkF.
Sonstige ordentliche Erträge	-100.000	-140.000	<i>Rückzahlungen an das Land</i> Das Ergebnis der Betriebskosten-Endabrechnung 2011/12 liegt nun vor und führt zu dieser Veränderung.
Produkt 02.03.02 - Familienunterstützende Hilfen			
Aufwendungen			
Transferaufwendungen	-2.580.000	+190.000	<i>Flexible Erziehungshilfen</i> Aufgrund der unterjährigen Kostenentwicklung ist von einem geringeren Rechnungsergebnis auszugehen.
	-270.000	-40.000	<i>Erziehung in Tagesgruppen (§ 32 SGB VIII)</i> Gegenüber der Planung ist mit einer Aufwandssteigerung zu rechnen.

Budget 02 - Jugend und Familie

Teilergebnisplan	Planung	vorauss. Veränderung Verbesserung (+) Verschlechterung (-)	Erläuterung
Produkt 02.03.03 - Hilfen außerhalb der Familie			
Erträge			
Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen	+1.900.000	-200.000	<i>Kostenerstattung für fremde Fälle</i> Der rückläufige Aufwand führt zu geringeren Erstattungen der Kostenträger.
Aufwendungen			
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-270.000	-140.000	<i>Hilfe zur Erziehung (eigene KE-Fälle)</i> Von fremden Kostenträgern wurden beim Kreis höhere Kosten geltend gemacht. Für offene Verfahren sind Rückstellungen einzuplanen.
Transferaufwendungen	-2.250.000	+200.000	<i>Hilfen f. andere Kostenträger (fremde Fälle)</i> Für fremde Fälle sind geringere Aufwendungen angefallen (siehe entsprechende Ertragsposition).
	-1.070.000	-230.000	<i>Vollzeitpflege § 33 SGB VIII - Minderjährige</i> Die Aufwandssteigerung ist auf die gestiegenen Fallzahlen und gestiegene durchschnittliche Kosten je Fall zurückzuführen.
	-150.000	-90.000	<i>Inobhutnahmen (§ 42 SGB VIII)</i> Die Mehraufwendungen sind insbesondere durch eine längere Dauer der Inobhutnahmen begründet.
	-350.000	-300.000	<i>Gemeinsame Unterbringung (§ 19 SGB VIII)</i> Der Ansatz wurde 2012 aufgrund der Entwicklung in 2011 deutlich abgesenkt. Die Zahl bei den gemeinsamen Unterbringungen ist demgegenüber aber in 2012 wieder angestiegen. Es ist daher mit Mehraufwendungen zu rechnen.
	-5.700.000	-1.250.000	<i>Heimerziehung (§ 34 SGB VIII) - Minderjährige und junge Volljährige</i> Die Aufwandssteigerung ist auf die gestiegenen Fallzahlen und gestiegene Fallkosten zurückzuführen.
Produkt 02.03.04 - Mitwirkung und Vertretung			
Erträge			
Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen	+584.000	-70.000	<i>Landesanteil Ausgaben Unterhaltsvorschuss</i> Der rückläufige Aufwand führt zu einem geringeren Landesanteil.
Aufwendungen			
Transferaufwendungen	-1.250.000	+150.000	<i>Unterhaltsvorschusszahlungen</i> Die Anzahl der Bewilligungsfälle ist rückläufig.
Produkt 02.03.05 - Eingliederungshilfe			
Aufwendungen			
Transferaufwendungen	-425.000	-260.000	<i>Eingliederungshilfe § 35a SGB VIII - Minderjährige und junge Volljährige</i> Die Mehraufwendungen sind insbesondere durch höhere Aufwendungen pro Fall begründet. Darüber hinaus liegt die Fallzahl leicht über der Planzahl.